

LINKSLIBERALE GLEICHHEIT ODER WIE DIE AKADEMISCHE MITTELSCHICHT UNGLEICHHEITEN VERGESSEN LÄSST

Sozialabbau und gleichzeitige progressive Politik sind heute zwei Seiten derselben Medaille. Auch die Stadt Bern trägt ihren Teil dazu bei, dass wir weiterhin in kapitalistischen Widersprüchen gefangen bleiben. Progressive Errungenschaften wie Gleichberechtigung aller Geschlechter, ausgebaut oder überhaupt erst eingeführte Rechte für Menschen der LGBTQI+-Community und anderen sozialen oder kulturellen Minderheiten sind enorm wichtig, um eine Gesellschaft zu erschaffen, in der alle gleich sind. Diese Gleichheit erschöpft sich heute aber auf einer horizontalen Ebene. Will heissen heute sind alle gleich(er), sofern sie einen gewissen Bildungsstand haben, ein gewisses Umfeld, eine gewisse Ausdrucksweise. Der akademische Mittelstand ist heute tonangebend, kulturell divers, offen, freundlich und vergleichsweise kaufkräftig.

Eine ungleiche Verteilung von Kapital und progressiven Errungenschaften

Wer von diesen Errungenschaften bis heute nicht profitiert, ist die Unterschicht, die Arbeiter*innenklasse. Horizontal bewegen wir uns in der akademischen Mittelschicht unter gleichen und haben die Vorstellung, dass das allen so gehen muss. Man verfängt sich heute im Glauben, dass das, wofür die Linke in der Schweiz kämpft, gekämpft hat und was sie erkämpft hat für alle gilt. Die vertikale Dimension

unserer Gesellschaft wird jedoch kaum angesprochen, nur selten von diesen Veränderungen berührt. Es scheint also so zu sein, dass die Dimensionen der Anerkennung von Diversität – von Wünschen, Ideen, Vorstellungen, Erfahrungen, kulturellem Hintergrund, Alter oder Behinderung und Werten immer nur anhand einer gewissen Vorstellung modernen Denkens, linksliberalen Forderungen der Selbstentfaltung und sozialer Diversität und gleichzeitig wirtschaftsliberalen Logiken des Wettbewerbs, der Wirtschaftlichkeit eben dieser Diversität und Singularitäten – nur dort ihre Wirkungsmacht entfalten, wo sie instrumentalisiert werden kann. Was nicht in das Weltbild einer akademischen, netten und umweltbewussten Gesellschaft passt, erfährt Missachtung. Es ist also nicht nur die weisse Arbeiterklasse, die mehr und mehr von rechtspopulistischen Bewegungen abgeholt wird, die sich diese soziale Anerkennung nicht leisten können, sondern auch migrantische Menschen, die den hohen Bildungs- und Kulturansprüchen der heutigen westlichen Gesellschaften nicht entsprechen können, die in der heutigen Diversität nicht mitgemeint sind. Anerkannt werden heute Humanressourcen, kulturelles Kapital. Arm oder ungebildet zu sein ist keine Einzigartigkeit, die sich vermarkten lässt und so keine zu anerkennende Diversität. Arm und ungebildet zu sein ist nicht sexy. Wir haben also nicht nur eine ungleiche Verteilung des Kapitals, sondern auch eine ungleiche Verteilung des Wirkkreises der progressiven Errungenschaften, die schlussendlich dazu da sind, dass sich alle Menschen als Teil der Gesellschaft, als mündige Menschen, die sich auf Augenhöhe begegnen, verstehen können. Das ist zwar bei genauerem Nachdenken nicht weiter überraschend. Wichtig hervorzuheben ist es trotzdem, zumal es öffentlich kaum so festgestellt und diskutiert wird.

«Das Traurige daran ist, dass du mehr Respekt vor dem Kapitalismus an mir hast als vor mir selbst»

Eine Studie aus Deutschland bestätigt diese Vermutung. Ausgehend von einer vermeintlichen Krise der Anerkennung hat sie die Verteilung von Wert- oder

Geringschätzung im Sinne sozialer Anerkennung untersucht. Zentraler Faktor, ob sich jemand wert- oder geringgeschätzt fühlt, sei in erster Linie entlang «vertikaler Merkmale wie Bildung, Einkommen, Erwerbsstatus und Wohneigentum [...]» und damit sozial ungleich verteilt.¹ Wer in den drei Dimensionen (Wissen, Konsum und Arbeit) nicht mithalten könne, erfahre systematisch weniger Wertschätzung und gleichzeitig mehr Geringschätzung. Soziokulturelle Zugehörigkeiten spielen dabei eine viel weniger gewichtige Rolle.² Sozioökonomische Ungleichheit, so schliessen die Forschenden ihre Studie ab, seien für die ungleiche Verteilung von Wert- und Geringschätzung von viel höherer Relevanz als soziokulturelle Differenzen.³ Viel treffender als die deutsche Rapperin Ebow kann es nicht formuliert werden. In ihrem Song «Prada Bag» fragt sie in einem Interlude rhetorisch: «Warum muss es im Rap darum gehen, wer wie viel Cash macht, welche Marken du trägst, welchen Wagen du fährst?». Die Antwort darauf gibt sie gleich selbst: «Aber wenn du in einer Gesellschaft aufwächst, die dich immer als Mensch zweiter Klasse sieht [...] dann ist deine einzige Möglichkeit, auf gleicher Augenhöhe zu stehen, ihnen zu imponier'n. Und natürlich wär es eine Möglichkeit, 'n guten Job zu haben, studiert zu haben, ne? [...] Aber wenn du diesen Weg nicht gehen kannst, dann bleibt dir halt nicht viel und du eignest dir das an, was sie gerne hätten.»

«Das Traurige daran ist, dass du mehr Respekt vor dem Kapitalismus an mir hast als vor mir selbst», schlussfolgert Ebow dann. Und sie hat Recht. Leider. Es kann also nur darum gehen, Armut zu bekämpfen, den Kapitalismus zu zerschlagen und dabei die Menschen, die darunter leiden, niemals zu vergessen! Auch bei uns in Bern. So lange Obdachlosigkeit, (Erwerbs-)Armut und ein Leben am Rande der Gesellschaft für viele Realität ist, müssen wir kämpfen. Für mehr günstigen Wohnraum, für mehr Inklusion und Teilhabe, für mehr Solidarität. Wir bleiben dran!

Matteo Micieli

1 Schneickert, C., Delhey, J., & Steckermeier, L. C. (2019). Eine Krise der sozialen Anerkennung? Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zu Alltagserfahrungen der Wert- und Geringschätzung in Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 593-622. Abgerufen am 8. November 2023 von <https://link.springer.com/article/10.1007/s11577-019-00640-8>. S. 613f 2 Ebd.

3 Ebd. S. 615

Stadtrat Bern
Motion Matteo Micieli (PdA):

DAS PARTIZIPATIONS- REGLEMENT DER STADT BERN DEN GE- SELLSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNGEN ANPASSEN – MENSCHEN MIT S-AUSWEIS SOWIE ASYLSUCHENDEN EINE STIMME GEBEN!

Auftrag

Art. 2 und Art 3. Abs. 1 des Reglements über die politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern (Partizipationsreglement; PaR: SSSB 144.2) sind wie folgt oder in diesem Sinne anzupassen:

Art. 2

1. Als ausländische Personen im Sinne dieses Reglements gelten Menschen, welche die Niederlassungsbewilligung (Ausländerausweis C) oder Aufenthaltserlaubnis (Ausländerausweis B) besitzen oder vorläufig aufgenommen sind (Ausländerausweis F, **Ausweis S**), seit mindestens drei Monaten Wohnsitz in der Stadt Bern haben und volljährig sind.

2. Als ausländische Personen im Sinne dieses Reglements gelten Menschen, welche die Niederlassungsbewilligung (Ausländerausweis C) oder Aufenthaltserlaubnis (Ausländerausweis B) besitzen, oder vorläufig aufgenommen sind (Ausländerausweis F) **oder Asylsuchende sind (Ausweis N)**, seit mindestens drei Monaten Wohnsitz in der Stadt Bern haben und volljährig sind.

Art 3. Abs. 1

3. Mindestens 200 **100** ausländische Personen können dem Stadtrat eine Partizipationsmotion einreichen.

Begründung

Mit dem Partizipationsreglement will die Stadt Bern der ausländischen Wohnbevölkerung die Möglichkeit geben, ein konkretes Anliegen an den Stadtrat zu richten. Bis anhin muss die sogenannte Partizipationsmotion von mindestens 200 volljährigen ausländischen und seit drei Monaten in Bern wohnhaften Personen unterschrieben sein. Dieses Instrument ist für eine demokratische Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Damit das Partizipationsreglement den Veränderungen der Gesellschaft weiterhin entspricht und seine Niederschwelligkeit beibehält, muss dieses jedoch angepasst werden. Mit dem Schutzstatus S, den die Schweiz zum ersten Mal im März 2022 aufgrund des Ukraine-Krieges aktiviert hat, ist in unserem Partizipationsreglement ein grosser Teil unserer migrantischen Wohnbevölkerung aussen vorgelassen. Über 11'000 ukrainische Geflüchtete mit Schutzstatus S leben Stand November im Kanton Bern, viele davon hier in unserer Stadt. Eine Anpassung hinsichtlich der Inklusion und Partizipationsmöglichkeit von Menschen mit einem S-Ausweis ist also dringend nötig.

Insgesamt sollte die Partizipationsmotion denjenigen Menschen eine Stimme geben, die heute politisch keine oder wenig Rechte haben. Deshalb braucht es auch eine Ausweitung dieses Reglements auf asylsuchende Menschen (Ausweis N). Mit Konflikten und Kriegen weltweit, der anhaltenden Klimakrise und postkolonialistischen Strukturen kommt es zu immer grösseren Fluchtbewegungen. Diese Menschen müssen in unserer Stadt die Möglichkeit haben, Anliegen an uns heranzutragen. Denn sie sind Teil unserer Gesellschaft und es ist in unserer Verantwortung, dass sie das auch leben können!

Damit unser Partizipationsreglement eine gewisse Niederschwelligkeit erlaubt und für Migrant*innen und geflüchtete Menschen in Bern ein Instrument sein kann, um in unserer Gesellschaft eine Stimme zu haben, braucht es also ein paar Anpassungen, um den sich wandelnden Bedingungen gerecht zu

werden. So muss auch die Anzahl ausländischer Personen, die es mindestens braucht, um eine solche Partizipationsmotion einzureichen, angepasst werden. Geflüchteten Menschen und Migrant*innen bleibt der Eintritt in die Gesellschaft oftmals versperrt. Ein Netz aufzubauen und ein grosses Umfeld zu haben, auf das diese zurückgreifen können, wird oft schon rein strukturell verunmöglicht. Insbesondere Menschen mit F- oder N-Ausweis haben innerhalb der drei Monate selten ein so grosses Umfeld, dass sie diesen Bedingungen gerecht werden könnten. Damit also alle obengenannten Menschen wirklich die Möglichkeit haben, von diesem Instrument Gebrauch zu machen, müssen 100 Unterschriften ausreichen, um eine solche Motion einzureichen.

Dringlichkeit

Kurze Begründung: Die von diesen verlangten Veränderungen Betroffenen sind heute schon in der Stadt Bern und haben heute schon keine politischen Teilhabemöglichkeiten. Nur eine dringliche Behandlung dieses Vorstosses wird demnach der Situation dieser Menschen gerecht.

Bern, 16. November.2023

MINDESTLOHN VON 4000 FRANKEN AUCH FÜR DAS REI- NIGUNGSPERSONAL DER STADT BERN

Stadtrat Bern

Motion Zora Schneider (PdA) – übernommen durch Matteo Micieli (PdA):

Bevor ich die Motion gelesen habe, habe ich gedacht, dass man den Vorstoss vielleicht auch zurückziehen könnte. Dann habe ich aber die Motion gelesen und vor allem auch die Antwort und gemerkt, dass es doch noch ein paar Sachen gibt, die stossend genug sind, um jetzt vorne zu stehen und über etwas zu diskutieren, bei dem anscheinend

– oder zumindest laut der Antwort des Gemeinderates – das Meiste so gehandhabt wird, wie es die Motion fordert. Das sind kleine Sachen. Ich versuche mich kurz zu halten. Aber als erstes finde ich es schräg, wie der Gemeinderat über Menschen, die im Stundenlohn arbeiten, spricht. Das tönt für mich so ein bisschen wie bei Gastrosuisse. Allgemein habe ich in dieser Antwort auch oft den Herrn Platzer wieder gehört. Ich habe etwa 8 Jahre im Stundenlohn gearbeitet in der Gastronomie und bin erst seit kurzem festangestellt.

Den Bedürfnissen entsprechend arbeiten heisst – anders als der Gemeinderat das ausführt – nicht nur flexible Arbeitszeiten zu haben, sondern den Bedürfnissen entsprechend zu arbeiten heisst auch die Sicherheit haben können, dass wenn man sich irgendwo einstellen lässt, man auch auf eine sinnvolle minimale Anzahl Stunden kommt. Vielleicht ist das, was der Gemeinderat geantwortet hat, auch irgendwie ideologisch zu verstehen, so „à la“ alle dann und so viel, wenn sie wollen, ohne zu müssen. Aber dafür ist die PdA zu wenig vertreten im Parlament und die SP zu weit weg von ihrem Parteiprogramm. Das heisst, so lange man also noch arbeiten gehen muss, um zu leben, ist es wichtig, zumindest bei Bedarf ein gesichertes Minimum an Stunden und so an Lohn zum Leben vereinbaren zu können. Das ist anders als der Gemeinderat das sagt, eben gerade sinnvoll und nötig, leider.

Zweitens verstehe ich nicht, warum es den Dienststellen überlassen werden soll, ob ein Austrittsgespräch mit den Reinigungskräften durchgeführt werden soll oder nicht, beziehungsweise würde ich es dann verstehen, wenn es generell keine Weisungen und Vorschriften zu Austrittsgesprächen geben würde, auch bei Kadern oder sonstigen Mitarbeitern. Das wäre aber irgendwie ein bisschen schräg und ich kann Ihnen sagen, das machen wir sogar im Solinetz mit allen, teilweise auch mit aktiven Freiwilligen, die nicht mehr dabei sein können oder wollen. Für Tipps und Leitfäden könnt Ihr euch dann sonst gerne noch an uns wenden. Austrittsgespräche sind immer wichtig für den Betrieb, für das Personal, für potenzielle neu Angestellte und so weiter. Drittens finde ich es ziemlich schräg, wie man mit dieser Motion formell umgeht, einfach für das Protokoll. Im Prinzip ist alles so, wie es gefordert wird und deshalb soll man sie ablehnen. Es scheint mir einfach immer sehr auffällig bei gewis-

sen Motionen, die wir eingereicht haben, argumentiert man in der Antwort komplett dagegen, will es nachher aber als Richtlinie annehmen, andere als Postulate und auch gerade als Prüfungsbericht. Bei anderen sagt man, es wird so gehandhabt wie gefordert, empfiehlt es darum zur Annahme und Abschreibung oder wie jetzt zur Ablehnung. Irgendwie „You do you“, aber ich komme irgendwie nicht mehr so ganz nach. Deshalb nehmen Sie die Motion an, auch wenn das Meiste schon erfüllt ist. Gewisse Sachen sind es eben nicht.

Annahme. Ja 37 / Nein 23 / Enthalten 2

Bern, 19. Oktober 2023

FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN – DER BUND MUSS HANDELN, UM DIE BESATZUNG PALÄSTINAS ZU BEENDEN

Jetzt Petition unterschreiben auf pda.ch

PAROLEN DER PDA ZU DEN EIDGENÖSSISCHEN ABSTIMMUNGEN AM 3. MÄRZ 2024

JA zur Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter» (gewerkschaftliche Initiative für eine 13. AHV-Rente)

NEIN zur Renteninitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» (Initiative der Jungfreisinnigen zur Erhöhung des Rentenalters)

Stadtrat Biel/Bienne
Pesche Heiniger (PdA/POP):

«L'ÉTAT C'EST MOI»

In der letzten Sitzung des Jahres 2023 wurde im Stadtrat über die Ausgestaltung der Sozialbehörde befunden.

Der Hintergrund liegt einige Jahre zurück:

Vor drei Jahren verlangten einige ParlamentarierInnen eine neue Ausgestaltung der Sozialbehörde. Darunter auch ich. Warum kam es dazu?

Aufgrund verschiedener Recherchen stiessen wir auf einen völlig unhaltbaren Zustand.

Die Sozialbehörde wurde wie folgt aufgestellt:

Die Behörde an sich war der zuständige Gemeinderat (B. Feuerer), das wäre noch hinzunehmen. Allerdings kaum, dass sich die Sozialbehörde noch selber kontrolliert. Also ist der zuständige Gemeinderat Behörde und Kontrollorgan in Personalunion. Als wir das entdeckten, beantragten wir die Einsetzung einer stadträtlichen Kommission, mit dem Zweck, diesem Missstand zu begegnen.

Diese Kommission wurde vom Stadtrat genehmigt und nahm ihre Arbeit auf.

Nach einem Jahr zäher Verhandlungen kam diese zum Schluss, dass das Amt des Gemeinderats von der Kontrolle entkoppelt werden soll. Nicht weiter erstaunlich.

Also kam es nun zur Behandlung des Geschäfts. Es lagen diverse Änderungsanträge und auch ein Rückweisungsantrag vor. Dieser Rückweisungsantrag stammte von der PdA/POP. Wir verlangten die Rückweisung aus folgenden Gründen:

1. Wiederholte Widersprüchlichkeiten im Bericht an den Stadtrat, sowie in der Beantwortung einer Interpellation von PdA-Stadtrat Pir Chè Celik hinsichtlich Vorgehensweise zur Umsetzung.

2. Wenn die Zuständigkeit für die Umsetzung und Einsetzung der Kommission nicht klar waren, hätte dies geklärt werden müssen, anstatt eine fragwürdige Vorgehensweise zu wählen.

3. Es besteht zu wenig Einigkeit, wie die Sozialbehörde ausgestaltet werden soll.

4. Das laufende Verfahren, das vom Regierungs-

statthalteramt bearbeitet wird, muss zuerst abgeschlossen werden.

In der angesprochenen Interpellation (Anfrage) wollte Genosse Pir Chè Celik unter anderem wissen, wie eine von Stadträten eingebrachte Beschwerde vom Regierungsstatthalteramt behandelt werde. Zur Antwort bekam er, dass die Behandlung noch nicht abgeschlossen sei. Also ein laufendes Verfahren! Die Beschwerde zielt auf die Vorgehensweise bei der Umsetzung und Einsetzung der Sozialbehörde ab. Also Zuständigkeiten.

Trotz unserer Einwände wurde auf das Geschäft eingegangen und an der letzten Sitzung im Dezember 2023 behandelt. Übrigens, von der SP erhielten wir eine (!) Stimme. Nicht so viel. Oder?

Dann gings an die Behandlung. Dabei waren mehrere Punkte mindestens fragwürdig. So ging ein Vorschlag ein, wie eine Kommission zusammengesetzt werden soll. Zum einen sollen in dieser StadträtInnen Einsitz haben und auch externe ExpertInnen. So weit so gut.

Zur Entschädigung dieser Kommission wurde vorgeschlagen, dass StadträtInnen den normalen Sitzungsansatz von CHF 85.- pro Sitzung erhalten sollen. Die ExpertInnen einen Ansatz von CHF 600.-. Dazu brachten wir einen Änderungsantrag vor. Nach unserer Meinung kann es nicht sein, dass Personen, die in der gleichen Kommission arbeiten, unterschiedliche Entschädigungen erhalten sollen.

Auch dieser Antrag wurde abgeschmettert. Begründung: die ExpertInnen würden einen grösseren Zeitaufwand haben als die stadträtlichen Mitglieder. Wirklich?

Als «Laie» muss wohl, bei einer seriösen Arbeitsweise, ein beträchtlicher Aufwand geleistet werden. Nur schon das Einlesen in Dossiers und die diversen Recherchen beanspruchen viel Zeit. Das

Daten der kantonalen Mitgliederversammlungen 2024:

Montag 18. März, 19h30 in Biel

Dienstag 28. Mai, 19h30 in Bern

Montag 19. August, 19h30 in Biel

Dienstag 15. Oktober, 19h30 in Bern

kenne ich aus verschiedenen Kommissionstätigkeiten selber.

Die Sitzung nahm ihren Lauf und das Geschäft wurde vom Stadtrat abgesegnet. So wird der Gemeinderat weiterhin über weitreichende Kompetenzen verfügen. Zum Beispiel bei der Einsetzung der erwähnten Kommission. Dies mit der Begründung, dass MilizparlamentarierInnen kaum mit dieser Aufgabe betreut werden könnten, da ihnen die Kapazitäten abgehen würden. Aha!

Ein weiteres Ärgernis. Aber wir machen weiter!

Biel/Bienne, im Dezember 2023

Die Wiedergründung der PdA Bern am 5.5.2003 bot Anlass, mit verschiedenen Veranstaltungen ein Jahr lang zu feiern. Neben dem rauschenden Geburtstagsfest im Mai, lernten und diskutierten wir bislang über Arbeitsbedingungen im Wandel, Bewegungen in den Pariser Banlieues und die Lage der Gesundheitsversorgung. Am 27.1.2024 widmen wir uns Gramscis Konzept von Klassenkampf im entwickelten Kapitalismus und lassen die Reihe dann mit einem italienischen Abend ausklingen, s. unten.

Diskussionen und Kampf gehen aber auch nach dieser Reihe weiter, eine andere Welt ist nötig. Macht mit.



GRAMSCI ZU KULTUR, DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit. Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung. Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.

L'ordine nuovo, von Gramsci geleitete Zeitung

Antonio Gramsci (1891-1937) ist eine bedeutende kommunistische Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts. Der italienische Politiker, Philosoph und Journalist gehörte zu den Gründern der Kommunistischen Partei Italiens. Seine parlamentarische Aktivität wurde durch die Inhaftierung unter dem faschistischen Regime beendet. Im Gefängnis verfasste er die berühmten «Quaderni», Gefängnishefte. Sein Konzept der kulturellen Hegemonie ist von zentraler Bedeutung: Für Gramsci reichte der Klassenkampf allein nicht aus, um eine Revolution durchzuführen. Der soziale Wandel kann nicht erreicht werden, ohne einen breiten Konsens zu schaffen und die kulturelle Dynamik zu verändern. Auch heute regen Gramscis Ideen die Debatte über Politik, Kultur und Gesellschaft an und bieten zentrale Anhaltspunkte für alle, die einen radikalen sozialen Wandel anstreben. In diesem Sinne lädt die Partei der Arbeit Bern zu einem Vortrag von Sabine Kebir ein, die sich seit Jahrzehnten mit Gramsci beschäftigt.

Vortrag 16:00 / Aperitivo e cena popolare - pasta al pomodoro 18:30

Samstag, 27. Januar 2024, ab 15:30 Im Breitsch-Träff Bern. Eine Veranstaltung im Rahmen des Jubiläums 20 Jahre Wiedergründung der PdA POP Bern.

Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch / Kontonummer 30-26786-9
